

Verringerung der Arbeitslosigkeit um eine Million?

Nach den Vorschlägen der Brauns-Kommission.

Berlin, 9. April. Morgen wird das Volkswirtschaftliche Verzeichnis veröffentlicht, das die unter dem Vorsitz des früheren Reichsarbeitsministers Brauns eingesetzte Gutachterkommission zu Ostern erarbeitet hat. Die Hauptgrundfrage sind zwar bereits bekanntgegeben worden; das Gutachten enthält aber in seinen Einzelheiten noch sehr viel interessantes Material, so vor allem über die Auswirkungen, die von der Abschaffung des Doppelverdienstes und der Verkürzung der Arbeitszeit erwartet werden. Durch die Regelung des ergebnislosen Problems glaubt man im Laufe der Zeit über 300 000 Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozess einleiten zu können. Erheblicher noch ist die Zahl, die bei der Verkürzung der Arbeitszeit herauskommen dürfte. Die Schätzungen maßgebender Stellen weichen stark voneinander ab. Am optimistischsten sind offenbar die des Instituts für Konjunkturforschung, das bei restloser Durchführung der Maßnahmen mit einsehlf Millionen rechnet, am niedrigsten die des Reichsarbeitsministeriums, das die Zahl auf etwa 600 000 veranschlagt. Das Gutachten der Brauns-Kommission macht sich die Berechnung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu eigen, die auf 750 000 hinausläuft. Zusammen würde also durch die geplanten Maßnahmen auf diesen beiden Gebieten immerhin eine Verringerung der Arbeitslosigkeit um eine Million Personen zu erwarten sein. Das ist jedoch sehr viel mehr, als man in der Öffentlichkeit bisher geglaubt hatte. Die Brauns-Kommission wird ihre Arbeiten in der nächsten Zeit sehr energisch fortsetzen. Sie wird in der kommenden Woche wieder zusammengetreten, um zunächst das Problem der Arbeitsbeschaffung zu beraten. Sobald das Gutachten hierüber fertiggestellt ist, soll die Frage der Sicherung der Arbeitslosenfürsorge nach der finanziellen Seite hin in Angriff genommen werden. Unter dieses Gebiet fällt auch die Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge. Die Vorschläge des deutschen Städtebundes werden zweifellos mit in die Erörterungen einbezogen werden, die zu einer Reform des Arbeitslosenversicherungswesens führen sollen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Berlin, 9. April. Wie schon kurz gemeldet, betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen nach der Zählung vom 31. März 4 756 000, das bedeutet einen Rückgang gegenüber der Zählung vom 15. März um 224 000. Von den Arbeitslosen waren Hauptunterstützungsempfänger 2 315 554, das ist ein Rückgang um 210 000; die Zahl der Krisenunterstützten betrug 223 359, also 26 000 weniger als bei der letzten Zählung. Der Rückgang der Haupt- und der Krisenunterstützungsempfänger bedeutet keinesfalls eine Mehrbelastung der kommunalen Wohlfahrt, da nach Mitteilung des Städtebundes die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten nur um 1 bis 2 Prozent gestiegen ist. Das wird auch dadurch bestätigt, daß der Rückgang der Gesamtzahl der Arbeitslosen um 224 000 sich ungefähr deckt mit dem Rückgang der Haupt- und der Krisenunterstützungsempfänger. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung handelt es sich bei der rückläufigen Bewegung nicht nur um eine Entlastung des Arbeitsmarktes in den Saisonberufen, sondern auch um eine Entlastung in den übrigen Berufen.

In der günstigeren Entwicklung des Arbeitsmarktes sind alle Bezirke, wenn auch in verschiedenem Ausmaße, beteiligt, und zwar am günstigsten die Bezirke Brandenburg, Nordmark, Niederpfalz und Südwestdeutschland. Verhältnismäßig

Umorganisation bei den Nationalsozialisten

Berlin, 9. April. Die „Nachtausgabe“ berichtet heute über eine Neuorganisation der NSDAP. aus Anlaß des Berliner SA-Konflikts. Die Parteileitung in Berlin und München wird in geschlossenem Zusammengehen dafür sorgen, daß die von Hitler abgegebene Erklärung über die Legalität der NSDAP unbedingt beachtet wird. Sie wird im Zeichen der Rotverordnung alles vermeiden, was irgendwie geeignet ist, den Versuch der preussischen Behörden und anderer Länderbehörden, ein Verbot der SA-Abteilungen über der NSDAP herbeizuführen, zu unterstützen. Die Parteileitung wird außerdem den Versuch machen, mit dem Reichspräsidenten direkt in Verbindung zu kommen, um ihm die Auffassung der NSDAP über die Rotverordnung vorzutragen. Die Organisationsverhältnisse sind jetzt in Nordostdeutschland so geregelt, daß Dr. Goebbels als Generalvollmächtigter von Hitler im Gau Berlin über die politischen Gruppen der Partei verfügt, während Oberleutnant Schulz die SA in Berlin neu organisiert. Für die Gauen Mecklenburg, Pommern, Schlesien, Brandenburg und Ostmark hat der Reichstagsabg. Hauptmann a. D. Göhring eine Generalvollmacht sowohl für die politischen Gruppen als auch für die SA. Es wird ganz entschieden bestritten, daß, wie Gerüchte wissen wollen, irgendwelche Gegensätze zwischen Hitler und Dr. Goebbels aufgetreten seien.

In Berlin sei die Lage noch nicht ganz geklärt. Einige SA-Abteilungen sind in ihrer Haltung noch unsicher. Man nimmt aber an, daß insgesamt nur etwa 100 Parteimitglieder in Berlin ausgeschlossen werden, und weist die Mitteilung von Stennes, daß schon über 900 Mitglieder ausgeschlossen seien, entschieden zurück. Anscheinend will man in der Leitung der NSDAP, jetzt den persönlichen Kampf gegen Hauptmann Stennes, der nicht immer ganz richtige Formen angenommen hatte, vollständig einstellen und sich entschieden mit der Neuorganisation der Partei beschäftigen, soweit sich das als notwendig erwiesen habe. Stennes sei es zwar gelungen, die von ihm eingesetzten Oberführer der einzelnen SA-Gaue in Ostdeutschland für sich zu gewinnen. Die SA-Abteilungen selbst in Mecklenburg, Pommern, Schlesien und Brandenburg hätten sich jedoch nicht hinter Stennes, sondern in ganz überwiegendem Umfange hinter Hitler gestellt. Der von Hitler beauftragte Hauptmann a. D. Göhring habe in B. in Mecklenburg nur vier Mitglieder der SA. aus der Partei ausgeschlossen.

Noch einmal Braunhemdenverbot in Berlin.

Berlin, 9. April. Auf Grund der Rotverordnung hat der Polizeipräsident von neuem das Tragen einheitlicher, besonders militärischer Parteiniformen oder Bundeskleidung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder ihrer Redenorganisationen, der Sturmabteilungen (SA), Schutzstaffeln (SS.) und der Hitlerjugend, verboten. Weitere Uniformverbote für die NSDAP sind ergangen für Brandenburg, Hannover, Oberschlesien und Westfalen.

ungünstig bogen Ostpreußen, Westfalen und Sachsen. Die Besserung des Beschäftigungsgrades beschränkt sich zurzeit im wesentlichen noch auf diejenigen Berufsgruppen, deren Arbeitsplätze infolge der besseren Witterung wieder härter besetzt werden konnten. So haben nunmehr die Arbeiter in die Landwirtschaft etwas lebhafter, wenn auch nicht im Ausmaße des Vorjahres, eingesetzt. Im Baugewerbe sind Fach- und Hilfsarbeiter zur Fertigstellung vorjähriger Bauten eingesetzt worden, während vom Beginn neuer Bauvorhaben noch kaum die Rede ist. Mehrfach sind Steinbrüche und Zementwerke wieder in Betrieb gesetzt worden, während bei den Riegeleien mit Rücksicht auf hohe Lagerbestände die Frühjahrsarbeit meist nur sehr abgerund einleitet. Die seit Mitte Februar anhaltende Besserung des Beschäftigungsgrades in einigen Verbrauchsgüterindustrien hat im wesentlichen auch in der zweiten Märzhälfte sich fortgesetzt. Das gilt von der Kleider- und Wäscheindustrie, von der Wäschschneiderei sowie schließlich vom Tabakgewerbe. Eine gewisse Belebung, die nach wie vor jedoch erhebliche bezirksliche Unterschiede aufweist, ist auch weiterhin in der Spinnstoffindustrie zu erkennen. In der Schwerindustrie verhartet der Arbeitsmarkt weiterhin in einem Zustand der Depression. Im Ruhrkohlenbergbau wurden nicht unerhebliche Entlassungen durchgeführt. Das gleiche ist in geringerem Maße im Braunkohlenbergbau erfolgt. Die Metallverarbeitung hat, abgesehen von der Kraftfahrzeug- und Fahrzeugindustrie, im allgemeinen keine Besserung zu verzeichnen. In einzelnen Bezirken, wie Rheinland und Essen, wurde der Arbeitsmarkt zwar etwas härter entlastet, in anderen jedoch setzte sich der Rückgang der Beschäftigung noch weiter fort.

Forderungen der christlichen Gewerkschaften

Essen, 9. April. Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der gestern und heute hier tagte, fordert zur Eindämmung der Krise des deutschen Wirtschaftslebens und der daraus entspringenden Gefahren, daß in erster Linie die katastrophale Arbeitslosigkeit beseitigt werde. Die Wiederbelebung der Wirtschaft setze weiter eine entsehbare und rasche Senkung der Preise voraus. Soweit diese von einer Verminderung der Gestehungskosten abhängen, müßten Unternehmerverbände und Gewerkschaften gemeinschaftlich nach wirklich aussichtsreichen Wegen suchen. Das einseitige Vorgehen im Sinne eines Lohnabbaues erschließe keine solchen Wege. Wir fordern daher mit größter Entschiedenheit: Schluß mit dem Abbau der Löhne! Ebenso entschieden wenden wir uns gegen eine Verschlechterung des deutschen Knappheitsgedankens und der Sozialgesetzgebung sowie gegen jede Störung der tarifvertraglichen Entwicklung. Die gemeinsame Anstrengung von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften soll dem unablässigen Bemühen gewidmet sein, die Kosten der öffentlichen Verwaltung auf jenes Mindestmaß zurückzuführen, das Deutschlands schwieriger Lage entspricht. Von der Reichsregierung fordern wir, daß sie auf Grund der ihr vom Reichstag erteilten Ermächtigung alle Schichten des Volkes ohne Ausnahme, nicht zuletzt die Landwirtschaft, zu gesunder Selbsthilfe anhalte. Eine endgültige Bereinigung der fast unübersichtlichen Verwicklungen und ein fruchtbarer Ausbau der Weltwirtschaft ist undenkbar ohne eine Gestaltung des Reparationsproblems, die das deutsche Volk bei Ausbütung seiner besten Kraft kulturwürdig leben läßt.

Die Regierungsbildung in Thüringen.

Die Volkspartei lehnt ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten ab.

Wilmars, 9. April. Die Deutsche Volkspartei lehnte in den heute nachmittag fortgesetzten Verhandlungen über die Regierungsbildung in Thüringen den Vorschlag der Nationalsozialisten, mit ihnen gemeinsam wieder eine Regierung auf der Grundlage der alten Koalition mit der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolkpartei, den Deutschnationalen und Nationalsozialisten zu bilden, ab. Morgen nachmittag wird nun in neuen Verhandlungen die Frage zu klären sein, ob eine Minderheitsregierung der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei und des Landbundes gebildet werden soll.

SA-Konferenz in München.

München, 9. April. Im Zirkusgebäude fand heute abend eine nationalsozialistische Versammlung statt, die in erster Linie als Rundgebung des Saalwartes und der Sturmabteilungen (SS. und SA.) gedacht war. Aus diesem Grunde waren die Führer dieser Abteilungen aus dem ganzen Reich und auch aus Oesterreich nach München gekommen. Vom Stabschef der SA., Hauptmann a. D. Röhm, von General a. D. von Epp und von Adolf Hitler wurden Ansprachen gehalten.

Nationalsozialisten und Volksbegehren.

Berlin, 9. April. Die Reichsleitung der NSDAP. hat jetzt auch offiziell beschlossen, das Volksbegehren zur Auflösung des preussischen Landtages mit aller Energie zu unterstützen.

Berlin, 10. April. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat die bekannte Zeitung „Das Landvolk“ auf Grund der Rotverordnung auf vier Wochen verboten.

Vor einer Diskontsenkung?

Berlin, 9. April. Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je 1/2 Prozent auf 4 1/2 Prozent ermäßigt.

Berlin, 9. April. Im Wahlausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung stellte sich bei den heutigen Probeabstimmungen heraus, daß sowohl für Dr. Sahm als Oberbürgermeister, als auch für Dr. Elsas und Lange als Bürgermeister und für Dr. Wsch als Stadtkämmerer eine höhere Mehrheit vorhanden ist. Bei den Abstimmungen erklärten sich für Sahm, Elsas, Lange und Wsch die Vertreter der Sozialdemokraten, der Staatspartei, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, die im Plenum über die Mehrheit verfügen.

Der „Stahlhelm“ verboten.

Berlin, 10. April. Der Berliner Polizeipräsident hat die Zeitschrift „Der Stahlhelm“ von heute ab auf die Dauer von 3 Monaten verboten. Gründe werden noch bekanntgegeben. (Nach Schluß der Redaktion eingesendet.)

Die Not der deutschen in Südtirol.

Protestkundgebung gegen die Verbannung Kaiserleitners.

Innsbruck, 9. April. Hier fand eine von mehreren tausend Personen besuchte Protestkundgebung gegen die Verbannung Kaiserleitners statt. Dr. Nicolussi verwies eingangs darauf, daß Wilson auf der Friedenskonferenz gegen den Willen der übrigen Alliierten und auch der amerikanischen Sachverständigen Südtirol den Italienern zugesprochen habe. Kaiserleitner werde von den Italienern schon seit dem Jahre 1919 verfolgt und solle nun durch die Verbannung endgültig getroffen werden. Kaiserleitners Verbanung würde nicht umsonst sein. Abg. Prof. Dr. Kolb betonte, daß Mussolini durch den vor einem Jahre abgeschlossenen Freundschaftsvertrag mit Oesterreich erreicht habe, was er habe erreichen wollen, nämlich vor der Welt den Anschein zu erwecken, als ob Oesterreich mit dem gegenwärtigen Stand der Südtiroler Frage zufrieden sei. Die Propaganda in der Welt für Südtirol sei auch merklich zurückgegangen. Dagegen habe die Unterdrückung der Deutschen in Südtirol in der letzten Zeit zugenommen. Es sei deshalb jetzt Pflicht des ganzen deutschen Volkes, den Kampf um die Freiheit Südtirols in verstärktem Maße wieder aufzunehmen.

Die Versammlung sagte sodann eine Entschliebung, die sich im Sinne der Ausführungen der beiden Redner bewegte und die Revision der Brenner-Grenze forderte. An den Präsidenten Hoover in Washington wurde ein Telegramm gesandt, in dem darauf hingewiesen wird, daß Wilson infolge eines schweren Fehlers die Auslieferung Südtirols an Italien verursacht habe. Wilson habe diesen Fehler nachträglich bereut, Möge sein Nachfolger dem traurigen Schicksal der Südtiroler ein aktives Interesse aufwenden.

Wie weiter gemeldet wird, ist die Verbannung Kaiserleitners inzwischen wegen seines hohen Alters wieder aufgehoben worden.

Militärische Ehrung Thälmanns.

Moskau, 9. April. Die Militärkonferenz hat den Führer der R.D., Thälmann, für seine Verdienste um die Weltrevolution zum Chef eines Kavallerieregiments gewählt, das sich an den Operationen gegen China beteiligt hatte.

Syrien wird Königtum.

London, 9. April. Nach englischen Berichten aus Jerusalem ist in Bagdad zwischen der französischen Regierung und Emir Ali, dem ältesten Sohn des früheren Königs Husseins von Hebsch, ein Vertrag unterzeichnet worden, wonach Emir Ali König von Syrien werden soll. Emir Ali ist der letzte König des Hebsch, der Mekka und Medina gegen die Bewohner nach der Flucht seines Vaters erfolgreich verteidigte. Die beiden jüngeren Brüder Emir Alis sind der König Feisal von Irak und Emir Abdallah von Transjordanien. Die Ernennung Emirs Alis zum König von Syrien würde ein Ereignis von größter Bedeutung für die ganze arabische Welt sein.

Aman Mah unterwegs nach Afghanistan?

London, 9. April. Laut „Daily Telegraph“ soll sich der frühere König von Afghanistan, Aman Mah, zur Zeit heimlich auf dem Rückweg in sein früheres Reich befinden. Wo Freunde einen Staatsstreich gegen den jetzigen König Kabir vorbereitet hätten. Der Bizekönig von Indien will aber offenbar Kabir schützen und hat eine Verfügung erlassen, laut der jeder mit zwei Jahren Gefängnis bestraft wird, der durch Behauptungen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der indischen Regierung und fremden Staaten gefährdet“, wobei in erster Linie Afghanistan gemeint sein soll.

Berlin, 9. April. Auf dem Flugplatz in Tempelhof landete, aus Rom kommend, heute nachmittag 6.45 Uhr das Verkehrsflugzeug der Deutschen Luft-Hansa, mit dem am 1. April die Strecke München-Mailand-Rom eröffnet wurde. Der heutige außerplanmäßige Flug von Rom nach Berlin wurde in einer Gesamtzeit von zehn Stunden durchgeführt.

Berlin, 10. April. Im Zusammenhang mit den kommunistischen Sprengstoffvorfällen, die in den letzten Wochen in verschiedenen Teilen des Reiches gemacht wurden, wurden nach Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Funktionären mehrere von der Oberreichsanwaltschaft schon seit längerer Zeit gesuchte Personen verhaftet. Sie werden wegen Hochverrats angeklagt werden. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein russischer Staatsangehöriger.

London, 9. April. Das in England gebaute erste Geschwader der Luftkriegerkräfte des Irak ist gestern von hier nach Bagdad abgeflogen. Das Geschwader besteht aus fünf Gipsy Moth-Doppeldecker des Militärtyps, von denen jeder mit Funklapparten, einer eingebauten Kamera für Filmaufnahmen, mit Bomben, Signalraketen und Kleintaldräger Munition ausgestattet ist.

Rom, 9. April. Reichsverkehrsminister von Goerard hat heute mittag mit dem Neapel-Berlin-Express in einem von der italienischen Regierung zur Verfügung gestellten Salonwagen die Rückreise nach Berlin angetreten.

Lissabon, 9. April. Durch ein Dekret der portugiesischen Regierung sind die Häfen der Inselgruppe von Madagaskar für Schifffahrt und Handel gesperrt und jede Verbindung der Einwohner mit der Außenwelt verboten.

Washington, 9. April. Nicholas Longworth, der Präsident des Repräsentantenhauses, ist gestorben. Longworth war mit der ältesten Tochter des verstorbenen Präsidenten Roosevelt verheiratet; er spielte seit vielen Jahren eine bedeutende Rolle im politischen Leben und war wegen seines sozialen Wesens allgemein beliebt.

RADIO

Selbst-Telefunken-Mende Lumophon-Siemens // // Pianohaus Porstmann, Aue Schneeburger Straße 13 Fernruf 295 Vorführung im eigenen Heim unverbindlich. Katalogzahlung gestattet.